

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



*Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag*

03.07.2020

Beschlüsse in der letzte Plenarwoche vor der Sommerpause

Corona und kein Ende: Die Bekämpfung der Folgen der Pandemie dominiert auch die letzte Sitzungswoche des Bundestags vor der Sommerpause.

Mit dem „Zweiten Corona-Steuerhilfegesetz“ hat der Bundestag finanzielle Erleichterungen für Familien und Unternehmen auf den Weg gebracht: Die Umsatzsteuersätze sind befristet ab 1. Juli 2020 bis zum 31. Dezember 2020 von 19 auf 16 Prozent und von 7 auf 5 Prozent gesenkt und das Kindergeld wird um den sogenannten „Kinderbonus“ um einen Einmalbetrag von 300 Euro erhöht, was den Familien hilft.

Unternehmen werden unterstützt, denn mit dem Gesetz wird z.B. die Erleichterung bei der Verlustberücksichtigung für die Jahre 2020 und 2021 auf den Weg gebracht. Hierdurch sollen sie in die Lage versetzt werden, ihre Verluste aus den Jahren 2020 und 2021 leichter mit Gewinnen auch aus 2019 verrechnen zu können. Um Investitionsanreize zu schaffen, wird für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die in den Jahren 2020 und 2021 angeschafft und hergestellt werden, die Inanspruchnahme einer degressiven Abschreibung in Höhe von bis zu 25 Prozent ermöglicht.

Um schneller aus der Krise zu kommen, braucht unsere Volkswirtschaft einen kräftigen Schub. Und der wird durch einen Zweiten Nachtragshaushalt finanziert. Dieser sieht gegenüber dem Ersten Nachtragshaushalt eine weitere Kreditaufnahme in Höhe von rund 62,5 Milliarden Euro vor. Die gesamte Neuverschuldung des Bundes wird einschließlich des ersten Nachtragshaushaltes damit bei 218,5 Milliarden Euro liegen. Die Neuverschuldung in diesem Jahr ist angesichts der Schwere der Covid-19-Pandemie nicht zu vermeiden. Allein das Steueraufkommen wird wegen des Wirtschaftseinbruchs um rund 65 Milliarden Euro geringer ausfallen als im vergangenen Jahr. Hinzu kommen die umfangreichen Hilfen zur Stabilisierung des Gesundheitssystems und zur Sicherung der Arbeitsplätze und der Unternehmen.

Mit dem Zweiten Nachtragshaushalt sollen hauptsächlich die Maßnahmen des Anfang Juni von der Koalition beschlossenen Konjunkturpakets finanziert werden: Darunter fallen z.B. die Instrumente aus dem bereits genannten „Zweiten Corona-Steuerhilfegesetz“, die Überbrückungshilfen zur Sicherung der Existenz von kleinen und mittelständischen Unternehmen, Investitionen in den Ausbau von Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung, aber auch vorgezogene Investitionen des Bundes, die noch in den Jahren 2020 und 2021 anlaufen können.

Die Reisebranche ist besonders hart von der Pandemie getroffen. Mit dem „Gesetz zur Abmilderung der Folgen der Covid-19-Pandemie im Pauschalreiserechtsrecht“ sollen die Folgen nun abgemildert werden. Das Gesetz sieht vor, dass Reiseveranstalter ihren Kunden für vor dem 8. März 2020 gebuchte Pauschalreisen, die wegen der Corona-Pandemie ausfielen, statt der Erstattung Gutscheine für spätere Reisen anbieten können. Diese Gutscheine sind über die bisherige Versicherung abgedeckt und falls nötig darüber hinaus durch eine staatliche Garantie über den kompletten Wert abgesichert. Diese Garantie würde auch dann greifen, falls ein Anbieter in die Insolvenz geht. Wird ein Gutschein nicht bis Ende 2021 eingelöst, bekommt der Kunde das Geld ausgezahlt.

Der Kohleausstieg ist, entsprechend den Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, unter Dach und Fach gebracht. Damit wird ein Kompromiss umgesetzt, der nicht nur einen rechtssicheren und sozial ausgewogener Ausstieg aus der Kohleverstromung gewährleistet, sondern der auch den Einstieg bzw. Umstieg in sichere, effizientere und klimafreundlichere Kraftwerkstechnologien, z.B. in die Kraft-Wärme-Kopplung, ermöglicht. Das Zeitalter der Kohleverstromung nähert sich damit Schritt für Schritt seinem Ende, ohne dabei die Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung aus dem Blick zu verlieren.

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft

Deutschland übernimmt am 1. Juli für sechs Monate turnusmäßig den Ratsvorsitz unter den Mitgliedstaaten der EU. Im Mittelpunkt der Präsidentschaft unter dem Titel „Gemeinsam. Europa wieder stark machen“ steht die Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Pandemie. Dazu müssen vorrangig Finanzfragen geklärt werden.



Weitere Informationen unter: <https://www.eu2020.de/>

Corona-Reiseregeln 2020 für EU-Länder

Dabei geht es um Echtzeitinformationen u.a. über die Situationen an den Grenzen, Verkehrsmittel und Tourismusdienstleistungen, Reisebeschränkungen und Regeln zum Schutz der öffentlichen Gesundheit wie Abstandsregeln und Tragen von Gesichtsmasken in den Mitgliedstaaten. Die neue Plattform kann auch als webbasierte Applikation über Mobiltelefone genutzt werden. Über eine interaktive Karte können spezifische Informationen und Hinweise für die einzelnen Mitgliedstaaten abgefragt werden. Über die Plattform können auch Patengutscheine für Lieblingshotels oder -restaurants erworben und damit diesen Unternehmen bei der Überbrückung finanzieller Engpässe geholfen werden. Der vom Gast gezahlte Betrag geht direkt an den Dienstleister, der dann später die Leistungen erbringen kann. Mithilfe von „Re-open EU“ wird auch über relevante Tourismusangebote in verschiedenen Mitgliedstaaten und über EU-Maßnahmen informiert. (<https://bit.ly/3cYaMAo>, <https://bit.ly/2B6SjnY>)

Fotowettbewerb

Die Europäische Umweltagentur will mit dem diesjährigen Fotowettbewerb "Rediscover Nature" erreichen, dass man sich umsieht und Schnappschüsse aus einer Fotosafari durch die eigenen Alltagsumwelt einreicht. Es geht um kleine und große Teile der Natur, die bislang unbemerkt auf einer Wanderung, einem Spaziergang oder im eigenen Garten zu entdecken sind. Aufnahmen zu folgenden Bereichen werden erbeten:

- Nahaufnahmen der Natur
- Die Natur vor meiner Haustür
- Nachhaltige Mobilität

Das Mindestalter der Teilnehmer beträgt 18 Jahre. Die Gewinner der drei Wettbewerbskategorien erhalten je 1.000 €. Die Einreichungsfrist endet am 30. September 2020. (Ausschreibung <https://bit.ly/2M9Jnk5>)

Menschen mit Demenz

Die Zahl der Menschen mit Demenz in Deutschland steigt weiter an. 2050 könnten es bis zu 2,8 Millionen sein. Das Bundeskabinett hat daher die Nationale Demenzstrategie verabschiedet. Sie soll die Situation der Betroffenen und ihrer Angehörigen in allen Lebensbereichen nachhaltig verbessern. An der Erarbeitung der Demenzstrategie war maßgeblich die Deutsche Alzheimer Gesellschaft beteiligt. Das Alzheimer-Telefon ist von Montag bis Donnerstag von 9 bis 18 Uhr und freitags von 9 bis 15 Uhr unter 030/259379514 geschaltet.

Digitale Präsenz für stationären Handel

In Zeiten der Corona-Pandemie haben viele Unternehmen schnell reagiert indem sie neue Online-Angebote geschaffen haben. Lokale Geschäfte, Restaurants und Dienstleister haben auf die besonderen Kundenbedürfnisse reagiert, wie eine aktuelle Umfrage von YouGov Deutschland belegt: 16 Prozent der Deutschen haben einen neuen lokalen Dienstleister für sich entdeckt, den Sie vorher nicht kannten oder bis dahin nicht genutzt haben. Ausschlaggebend für die Auffindbarkeit war dabei die Online-Veröffentlichung von aktuellen Informationen zu Bestellmöglichkeiten, Lieferservices oder angepassten Öffnungszeiten. Knapp jeder Vierte (24 Prozent) suchte im Netz aktiv nach einem neuen Service wie Online-Bestellung, Video-Beratung oder Online-Kursen lokaler Dienstleister, der dann auch in Anspruch genommen wurde. Fast genauso viele Kunden (25 Prozent) erfuhren über eine persönliche Weiterempfehlung vom genutzten Online-Service. 20 Prozent wurden über Social Media informiert, 11 Prozent suchten konkret über eine Online-Dienstleistersuche, wie Gelbe Seiten, auskunft.de oder eine Suchmaschine. de (dpa/ Greven Medien)

Sofortprogramm für Schüler

Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) unterzeichnete am Freitag eine Bund-Länder-Vereinbarung, durch die Schulen Geräte wie Laptops oder Tablets beschaffen können, um diese an Kinder und Jugendliche auszuliehen. (AFP)

Zitat

“Kein Land kann diese Krise isoliert und allein bestehen. Unser gemeinsames Ziel muss es jetzt sein, die Krise gemeinschaftlich, nachhaltig und mit Blick auf die Zukunft zu bewältigen. (Angela Merkel, Bundeskanzlerin)